



Vergabe des Repowerings der BHKW-Anlage im Technikgebäude einschließlich vollständigem Rückbau der Bestandsanlage sowie schlüsselfertiger Errichtung einer neuen BHKW-Anlage

Wettbewerblicher Dialog nach § 18 VgV

der
RMD Rhein-Main Deponie GmbH
Rhein-Main-Deponiepark 1
65439 Flörsheim am Main

<p>– Erster Verfahrensbrief / Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb –</p>
--

Juni 2026

An alle interessierten Unternehmen

05.06.2026

Erster Verfahrensbrief / Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb

Vergabe des Repowerings der BHKW-Anlage im Technikgebäude einschließlich vollständigem Rückbau der Bestandsanlage sowie schlüsselfertiger Errichtung einer neuen BHKW-Anlage
Europaweiter Wettbewerblicher Dialog gemäß § 18 VgV

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RMD Rhein-Main Deponie GmbH beabsichtigt das Repowering der BHKW-Anlage im Technikgebäude einschließlich vollständigem Rückbau der Bestandsanlage sowie schlüsselfertiger Errichtung einer neuen BHKW-Anlage im Wege eines Wettbewerblichen Dialogs europaweit zu vergeben. Ihr Unternehmen erhält hiermit Gelegenheit, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

1. Informationen zum Teilnahmewettbewerb

1.1 Kontaktstelle und Kommunikation

Die GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Ulmenstraße 30, 60325 Frankfurt am Main, ist mit der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt worden, fungiert also als Vergabestelle.

Die Kommunikation zwischen dem Auftraggeber und den Bietern, etwa bei Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren ausschließlich über die vom Auftraggeber eingesetzte elektronische Vergabepattform DTVP geführt.

Damit der Auftraggeber mit den Bietern reibungslos kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der Vergabeplattform DTVP (www.dtv.de) freiwillig und kostenlos registrieren.

Ohne eine solche Registrierung kann der Auftraggeber die nicht registrierten Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

1.2 Fragen zum Teilnahmewettbewerb

Fragen der Bewerber zum Teilnahmewettbewerb (ausschließlich 1. Verfahrensschritt) sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung und Gliederungsnummer des jeweiligen Dokuments möglichst bis

18.06.2026, 12:00 Uhr (MESZ),

zu stellen.

Auch nach diesem Termin rechtzeitig eingehende Fragen werden selbstverständlich beantwortet. Antworten der Vergabestelle auf Fragen von interessierten Unternehmen werden im Vergabeportal veröffentlicht und die registrierten Interessenten erhalten hierüber eine elektronische Information. Die nicht registrierten Unternehmen haben sich auf dem Vergabeportal selbständig darüber zu informieren, ob die Auftraggeberin Fragen zum Teilnahmewettbewerb beantwortet hat. Die entsprechenden Bewerberfragen-/Antwortenkataloge werden zu diesem Zwecke den elektronisch abrufbaren Vergabeunterlagen beigelegt. Die Antworten der Auftraggeberin auf Fragen der Interessenten sind bei der Erarbeitung der Teilnahmeanträge zu beachten.

1.3 Enthalten die im 1. Verfahrensschritt mit der Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen (vorliegender erster Verfahrensbrief nebst Anlagen, Dialogbeschreibung) nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber die Vergabestelle unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen vor Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform nach § 126b BGB darauf hinzuweisen.

1.4 Weitergehende Informationen zur Dialog- oder Angebotsphase (2. und 3. Verfahrens-

schritt) werden im Teilnahmewettbewerb nicht übermittelt. Die im Teilnahmewettbewerb erfolgreichen Bewerber werden in der Dialogphase ausreichend Gelegenheit erhalten, Fragen zu den Vergabeunterlagen, insbesondere zu den im Rahmen der Dialogphase zur Verfügung gestellten Dokumenten, an die Vergabestelle zu richten. Es wird daher gebeten, von solchen Fragen im jetzigen Verfahrensstadium Abstand zu nehmen.

2. Teilnahmeanträge

2.1 Allgemeines

Falls Ihr Unternehmen einen Teilnahmeantrag abzugeben beabsichtigt, wird darum gebeten, den Teilnahmeantrag mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache in elektronischer Form (in Textform nach § 126b BGB) oder mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur bis spätestens

**06.07.2026, 12:00 Uhr (MESZ),
(Teilnahmefrist)**

über das Vergabeportal einzureichen. Eine postalische, telefonische oder eine Abgabe des Teilnahmeantrages per Telefax oder E-Mail oder über die Kommunikationsschnittstelle der elektronischen Vergabeplattform ist nicht zulässig.

Die Wettbewerbsteilnehmer erhalten keine Aufwandsentschädigung, Kostenerstattung oder eine vergleichbare Zahlung für die Teilnahme am Vergabeverfahren.

Hinweise der Auftraggeberin:

- *Die Auftraggeberin weist auf die vergaberechtliche Rechtsprechung (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 17.03.2017 – 15 Verg 2/17; VK Niedersachsen, Beschluss vom 11.12.2018 – VgK – 50/2018) hin, wonach unverschlüsselt eingereichte Angebote und Teilnahmeanträge zwingend vom Wettbewerb auszuschließen sind. Vor diesem Hintergrund wird von einer unzulässigen Abgabe des Teilnahmeantrages mittels einfacher E-Mail in jedem Fall dringend abgeraten. Die Anforderungen an die Form der Dokumentenabgabe werden gewahrt, wenn diese elektronisch unter Verwendung des unter Abschnitt I. 3) der Auftragsbekanntmachung veröffentlichten Links eingereicht werden.*

- *Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Teilnahmeanträge, Interessensbestätigungen und Angeboten sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den auf dem Vergabeportal hinterlegten Nutzungsbedingungen.*

Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Einreichung rechtzeitig vor Ablauf der vorgenannten Frist zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist können Teilnahmeanträge zurückgezogen werden.

2.2 Der Teilnahmeantrag muss folgende Unterlagen in der hier bezeichneten Reihenfolge (zugleich Gliederungsstruktur) umfassen:

1. Ausgefülltes Formular Bewerber-Formblatt (siehe **Anlage 1**) einschließlich der dort geforderten Unterlagen als Anlage
2. Bei Bewerbungsgemeinschaft: Bewerbungsgemeinschaftserklärung (Muster siehe **Anlage 2**)
3. Bei Nachunternehmereinsatz: VHB-Formblatt 233 / Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Muster siehe **Anlage 3**)
4. Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 235 / Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 4**)
5. Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 236 / Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 5**)
6. Verpflichtungserklärung zur Einhaltung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) (Muster siehe **Anlage 6**)
7. Eigenerklärung zum Russlandgeschäft zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Muster siehe **Anlage 7**)

Für die geforderten (Eignungs-)Nachweise sowie Eigenerklärungen des Bewerbers zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen stellt die Auftraggeberin ein Bewerber-Formblatt zur Verfügung. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bewerber-Formblattes besteht nicht. Der Bewerber hat jedoch sicherzustellen, dass seine Bewerbung bei

Nichtverwendung des Formblattes die darin genannten Angaben zur Eignung sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen enthält sowie die darin beschriebenen Anforderungen erfüllt. Inhaltliche Abweichungen davon können zum Ausschluss des Bewerbers führen. Die Verwendung des Bewerber-Formblattes wird daher mit Nachdruck empfohlen.

Bewerber haben zum Beleg ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die in dem Bewerber-Formblatt bezeichneten Unterlagen vorzulegen.

3. Information zum weiteren Verfahren

Der Wettbewerbliche Dialog wird voraussichtlich die folgenden verfahrensrechtlichen Schritte unter nachfolgendem vorläufigen Zeitrahmen durchlaufen:

I. Durchführung des Teilnahmewettbewerbs (Teilnahme-phase)	
<ul style="list-style-type: none"> Europaweite Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU gemäß § 37 Abs. 1 VgV und Hessische Ausschreibungsdatenbank (HAD) mit elektronischer Zurverfügungstellung der Vergabeunterlagen, namentlich insbesondere erster Verfahrensbrief / Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb sowie Dialogbeschreibung (mit Ausnahme Entwurf Vertragswerk und Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien) 	05.06.2026
<ul style="list-style-type: none"> Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge interessierter Unternehmen (gemäß § 18 Abs. 3 VgV mindestens 30 Kalendertage) 	06.07.2026, 12:00 Uhr (MESZ)
<ul style="list-style-type: none"> Auswertung Teilnahmewettbewerb nebst etwaig erforderlichen Aufklärungen / Nachforderungen, ggf. mit Auswahl Bewerber (sog. Bestenauslese) 	Mitte Juli 2026
II. Durchführung des Wettbewerblichen Dialogs (Dialogphase)	
<ul style="list-style-type: none"> Versendung des zweiten Verfahrensbriefs / der Einladung zur Teilnahme am Dialog an die ausgewählten, materiell ge- 	Ende Juli 2026

RMD Rhein-Main Deponie GmbH - Vergabe des Repowerings der BHKW-Anlage im Technikgebäude einschl. vollständigem Rückbau der Bestandsanlage sowie schlüsselfertiger Errichtung einer neuen BHKW-Anlage

– Erster Verfahrensbrief / Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb –

eigneten Bewerber inklusive Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien, Anforderungen an die Lösungsvorschläge und ggf. Entwurf Vertragswerk bzw. Maßgaben zu den vertraglichen Eckpunkten / Term Sheet	
• Ortsbesichtigungen und Auftaktgespräche mit den Dialogteilnehmern	Anfang August 2026
• Schlusstermin für Eingang der ersten Lösungsvorschläge	Ende August 2026
• Auswertung der ersten Lösungsvorschläge	bis Anfang September 2026
• Dialog- / Verhandlungsrunden unter ggf. Abschtung von Dialogteilnehmern (short list) (vgl. § 18 Abs. 6 VgV).	September 2026
• Entscheidung über die Beendigung der Dialogphase sowie Überarbeitung Vergabe- und Vertragsunterlagen für Angebotsphase	Ende September / Anfang Oktober 2026
III. Einreichung von Angeboten (Angebotsphase)	
• Versendung des dritten Verfahrensbriefs / der Aufforderung zur Angebotsabgabe (Aufforderung von mindestens zwei Dialogteilnehmern zur Angebotsabgabe auf der Grundlage der finalen Leistungsbeschreibung sowie des Vertragswerks)	Anfang Oktober 2026
• Frist zur Abgabe des endgültiges Angebots (Angebotsfrist)	Mitte Oktober 2026
• Auswertung der Angebote, Endverhandlungen und interne Auswahlentscheidung	Bis Ende Oktober 2026
• Information nichtberücksichtigter Bieter gemäß § 134 GWB mit Zuschlagsankündigungsschreiben an erfolgreichen Bieter (Stillhaltefrist von 10 Kalendertagen)	Ende Oktober 2026
• Zuschlagserteilung / Vertragsschluss	Anfang November 2026

Die Auftraggeberin weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Verfahrensschritte und Zeitläufe die derzeitige Planung wiedergeben. Änderungen sind daher möglich.

4. Teilnahmebedingungen

- 4.1 Bewerber können sich als Einzelbewerber ohne Nachunternehmer, als Bewerbergemeinschaft oder als Einzelbewerber / Bewerbergemeinschaft mit Nachunternehmen bzw. im Rahmen einer Eignungsleihe am Wettbewerb beteiligen.
- 4.2 Der Bewerber hat zum Nachweis seiner Eignung alle gemäß Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) innerhalb der unter Ziffer 2.1 genannten Bewerbungsfrist vorzulegen, soweit sich die Auftraggeberin dies nicht ausdrücklich anders vorbehalten hat. Die Auftraggeberin weist ausdrücklich darauf hin, dass unvollständige Bewerbungen von der Teilnahme am weiteren Verfahren ausgeschlossen werden können. Die Vorlage von Kopien ist zulässig. Ausländische Bewerber haben statt der geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Soweit nicht anders gefordert, können Erklärungen als Eigenerklärungen abgegeben werden.
- 4.3 Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es übernehmen soll. Ferner hat die Bewerbergemeinschaft dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, in der insbesondere die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, der für die Durchführung bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und erklärt wird, dass dieser die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder im Auftragsfall als Gesamtschuldner haften (Bewerbergemeinschaftserklärung, siehe **Anlage 2**).
- 4.4 Beabsichtigt der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, sind die von den Nachunternehmern zu erbringenden Leistungen gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV nach Art und Umfang mit dem Teilnahmeantrag zu benennen (vgl. VHB-Formblatt 233, siehe **Anlage 3**). Für Nachunternehmer, welche der Bewerber im Wege der Eignungsleihe nach § 47 VgV einzusetzen beabsichtigt (vgl. VHB-Formblatt 235, siehe **Anlage 4**), sind weiterhin die unter Abschnitt 5.1.9 der Auftrags-

bekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen, soweit einschlägig und bezogen auf die zu erbringende Teilleistung, für den jeweiligen Nachunternehmer bereits mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sowie nach § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV nachzuweisen, dass dem Bewerber die insoweit für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (vgl. VHB-Formblatt 236, siehe **Anlage 5**).

Hinweis: *Mehrfachbewerbungen von Unternehmen, z. B. als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.*

Die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Eignungsnachweise ergeben sich im Einzelnen aus Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung.

5. Wettbewerbsbeschränkende Absprache / Mittelstandskartelle

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen sind in §§ 2, 3 GWB geregelt. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

6. Hinweise zum Datenschutz

Der Bewerber ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an die Auftraggeberin rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Auftraggeberin und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Auftraggeberin erfolgt nicht.

Der Bewerber erklärt sich mit Einreichung seines Teilnahmeantrages damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Auftraggeberin gespeichert und verarbeitet werden. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des

Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, Rechtsberater, ggf. externe Fachberater) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

7. Ausschlussgründe

Teilnahmeanträge, die einer der in diesem ersten Verfahrensbrief aufgeführten Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus führen insbesondere die folgenden Gründe nach § 57 Abs. 1 und 3 VgV zu einem zwingenden Ausschluss:

- Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten,
- Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht zweifelfrei sind,
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen oder Ergänzungen des Bewerbers an den Dokumenten vorgenommen worden sind.

8. Nicht berücksichtigte Bewerber

Bewerber unterliegen mit der Abgabe ihres Teilnahmeantrages den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen (§ 62 VgV).

9. Vertraulichkeit von Informationen / Vernichtung von Vergabeunterlagen

Die im Verfahren von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Informationen sind auch nach Abschluss des Verfahrens vertraulich zu behandeln, soweit diese nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder von der Auftraggeberin öffentlich bekannt gegeben werden.

Falls sich ein Unternehmen dazu entschließt, keinen Teilnahmeantrag abzugeben, ist es verpflichtet, die überlassenen (Vergabe-)Unterlagen sowie etwa hergestellte Abschriften vollständig zu vernichten.

10. Nachprüfstelle

Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt
Telefon: +49 6151 12-6603
Telefax: +49 611 327648534
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Mit freundlichen Grüßen

RMD Rhein-Main-Deponie GmbH

Anlagen

1. Bewerber-Formblatt
2. Muster Bewerbergemeinschaftserklärung
3. VHB-Formblatt 233 / Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen
4. VHB-Formblatt 235 / Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
5. VHB-Formblatt 236 / Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
6. Verpflichtungserklärung zur Einhaltung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG)
7. Eigenerklärung zum Russlandgeschäft zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022
8. Dialogbeschreibung mit Anlagen